

***Tätigkeitsbericht
Institut für Ökologie
und Aktions-Ethnologie
INFOE e.V.
Jahr 2016***

Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (infoe e.V.)
Melchiorstr. 3
50670 Köln
Email: infoe@infoe.de



INFOE-Tätigkeitsbericht für das Jahr 2016

PROJEKT „GEMEINSAME SCHRITTE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: INDIGENE GEMEINSCHAFTEN ALS PARTNER IM WALD-, KLIMA- UND LANDSCHUTZ“

Im März 2016 hat INFOE mit einem neuen Projekt begonnen, mit dem wir einen Beitrag leisten möchten zu konkreten Schritten einer wirksamen, nachhaltigen und menschenrechtsbasierten Umsetzung der im letzten Jahr verabschiedeten globalen Nachhaltigkeitsziele mit besonderem Schwerpunkt auf Wald-, Land- und Klimaschutz und dem Beitrag indigener Völker. Wir möchten das Verständnis für die Bedeutung und Vorteile eines menschenrechtsbasierten Engagements für nachhaltige Entwicklung, Wald- und Klimaschutz unter Akteuren in Deutschland fördern und in diesem Sinne auf das Handeln deutscher NROs, die Strategien und Programme der deutschen Entwicklungs-, Klima- und Menschenrechtspolitik einwirken. Dabei gilt unser besonderes Interesse natürlich der Information und Sensibilisierung zur besonderen Situation und dem speziellen Beitrag, den indigene Völker mit ihren Lebens- und Wirtschaftsweisen zum Erhalt natürlicher Ressourcen und deren nachhaltiger Nutzung, zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele sowie zum Wald- und Klimaschutz leisten. Ziel des Projekts ist denn auch, die Förderung der Anerkennung dieses Beitrags und eine effektivere Berücksichtigung der Anliegen, Situation und Rechte indigener Völker in der Arbeit, den Projekten, Programmen oder Strategien der Zielgruppen. Hierzu wurden bereits eine Reihe von Bildungsveranstaltungen mit unterschiedlichen Formaten und Zielgruppen durchgeführt sowie einige Materialien erstellt. Aktuelle Infos zum Projekt findet Ihr unter: <http://www.infoe.de/web/projekte/indigene-und-sdgs>

Zu Beginn des Projekts wurde ein Grundlagenpapier erarbeitet, das sich mit dem Beitrag und den Rechten indigener Völker im Zusammenhang mit der Umsetzung der Agenda 2030 und den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) beschäftigt. Das Papier greift Fragen bzgl. einer rechtebasierten Umsetzung der Agenda 2030 unter Fokussierung indigener Völker, ihrer Rechte und selbstbestimmten Entwicklungsprioritäten auf und will politische Entscheidungsträger sowie gesellschaftliche Akteure für die menschenrechtlichen und politischen Implikationen und Verantwortungen in den Implementierungsprozessen der Agenda 2030 sensibilisieren. Das Papier findet sich ebenso wie eine englische Zusammenfassung auf der INFOE-Webseite <http://www.infoe.de/web/projekte/indigene-und-sdgs>.

Am 8. Juli 2016 fand im Uniclub in Bonn die eintägige Fachtagung „Wald(klima)schutz nach Paris: Perspektiven und Kontroversen“ statt. VertreterInnen unterschiedlicher



Organisationen, Akteure und Interessenträger mit entsprechend diversen Erfahrungen und Perspektiven hatten sich eingefunden, um die fördernden Faktoren, Herausforderungen und Hindernisse in der Umsetzung eines rechtebasierten Wald(klima)schutzes zu diskutieren. Einen ausführlichen Bericht auf Englisch haben wir auf unserer Webseite eingestellt: <http://www.infoe.de/web/37-projekt-indigene-voelker-und-wald/261-perspektivenvielfalt-bei-der-konferenz-wald-klima-schutz-nach-paris-perspektiven-und-kontroversen-am-8-juli-2016-in-bonn>

Parlamentarisches Frühstück: Gemeinsam mit SPD Bundestagsabgeordneten und der Waldschutzorganisation Pro REGENWALD hatte INFOE am 28. September 2016 zu einem parlamentarischen Frühstück zu menschenrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der SDGs 13 und 15 sowie des Pariser Klimaabkommens, mit einem Schwerpunkt auf dem REDD+-Mechanismus, eingeladen. Mit einer Teilnahme von 10 Bundestagsabgeordneten der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90 /Die Grünen und Die LINKE sowie einigen MitarbeiterInnen weiterer Abgeordneter erzielten wir ein außerordentlich hohes Interesse an der Diskussion über die Wirksamkeit des REDD+ Mechanismus für den Wald- und Klimaschutz. Das Fachgespräch zeigte erneut, wie dringend notwendig es aus menschenrechtlicher Hinsicht ist, indigene und lokale Waldgemeinschaften in der Sicherung ihrer Landrechte, der Demarkierung ihrer Territorien und der Weiterentwicklung ihrer walderhaltenden Nutzungspraktiken zu unterstützen. Weitere Infos: <http://www.infoe.de/web/veranstaltungen/beitraege/269-parlamentarisches-fruehstueck-zu-redd-und-pariser-klimaabkommen>

Gegen Ende des Jahres wurden die Entwürfe für 5 *Fact Sheets und Bildungseinheiten* zu den Zusammenhängen zwischen einzelnen SDGs und indigenen Völkern erstellt, die dann Anfang 2017 fertiggestellt wurden. Bei den weiteren öffentlichen Veranstaltungen und Treffen wurden und werden diese Materialien verbreitet. Die Bildungseinheiten befinden sich noch in einem ‚Probestadium‘, da sie noch bei Bildungsveranstaltungen eingesetzt sowie im Rahmen des Workshops mit BildungsreferentInnen besprochen werden sollen. Im Anschluss daran, werden die Einheiten noch einmal überarbeitet. <http://www.infoe.de/web/projekte/indigene-und-sdgs/287-bildungseinheiten-zu-sdgs>

Am 26. und 27. Oktober 2016 wurde ein *Workshop in Kooperation mit der AG Wald* des Forum Umwelt und Entwicklung bzw. der ‚Dialogplattform Internationale Waldpolitik‘ im Münster Carré in Bonn zum Thema „Wälder im Klimawandel“ durchgeführt. Es nahmen insgesamt 44 Vertreter*innen von Umwelt- und Naturschutzverbänden, entwicklungspolitischen NROs, Ministerien, Institutionen der EZ und der Wissenschaft teil. Zentrale Themen der angeregten Diskussionen waren das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im internationalen Walderhalt, insbesondere das REDD Early Mover Programm in Acre sowie die ‚Bonn Challenge‘, eine 2011 entstandene Plattform für den Wiederaufbau von Wäldern. Weitere Informationen: <http://www.forumue.de/workshop-waelder-im-klimawandel/> sowie ein Kurzbericht auf der Webseite des INFOE: <http://www.infoe.de/web/veranstaltungen/beitraege>

Weiterhin wurden zwei Beiträge an Seminaren der HNEE Eberswalde vorbereitet und am 12.12. und am 14.12.2016 durchgeführt. Dabei wurde die erarbeitete Bildungseinheit zu SDG2 und dem Beitrag indigener Gemeinschaften zu einer nachhaltigen Bodenbewirtschaftung für die spezifischen Themen der Seminare (,Organisationsformen in der ökologischen Agrarwirtschaft‘ und ,Nachhaltige Ernährungssysteme‘) aufbereitet und die Zusammenhänge anhand des Beispiels und der Erfahrungen indigener Gemeinschaften in Chile veranschaulicht. Hierfür konnte Pedro Coña, Vertreter der Mapuche und Agrarwissenschaftler, als Referent gewonnen werden.

INDIGENE VÖLKER, ORGANISATIONEN, TERRITORIEN UND RECHTE UND DER KLIMASCHUTZ

Im Rahmen dieses Schwerpunktes war Elke Falley-Rothkopf an folgenden Aktivitäten beteiligt:

Die Unterstützungsarbeit für COICA und AIDSESEP bei den Klimaverhandlungen (den vorbereitenden SBSTA-Meetings und auf der COP 22 in Marrakesch wurde fortgesetzt. Zu dieser Thematik hielt Frau Falley-Rothkopf am 18.3.2016 im Kölner Allerweltshaus einen Vortrag zu den Ergebnissen der COP 21 in Paris unter dem Titel „All quiet on the climate front? Kritik und Forderungen indigener Völker zur COP 21 in Paris“, der auf viel Interesse stieß und lebhaft diskutiert wurde. Für INFOE konnte ein Praktikant gewonnen werden, der in der Folge dann bei der COP 22 in Marrakesch zusammen mit Frau Falley-Rothkopf die indigenen Organisationen COICA, AIDSESEP und FECONAU unterstützte.

Zwei Repräsentanten von AIDSESEP und FECONAU – Sedequías Ancon Chávez und Robert Guimaraeas von den Shipibo-Conibo- besuchten vom 28.-30.4. auf einer von Forest Peoples Programme organisierten Rundreise zur Palmöl-Thematik durch Europa auch Bonn und Köln, wo Frau Falley-Rothkopf ein Gespräch der beiden indigenen Repräsentanten mit VertreterInnen des BMZ und BMUB sowie ein Interview für die Lateinamerika-Nachrichten und eine Skype-Konferenz mit Unterstützerorganisationen wie Rettet den Regenwald in den Räumlichkeiten von INFOE arrangierte. Verschiedene Möglichkeiten, den Schutz der indigenen Territorien vor der Ausbreitung der Palmölplantagen bei den Shipibo-Conibo in Ucayali wurden erörtert und punktuelle finanzielle Unterstützung durch das Klima-Bündnis und RdR konnten erreicht werden. Im Anschluss an die Rundreise haben wir auch mit den von den Ministerien benannten Kontakten bei der deutschen Botschaft in Lima koordiniert, sodass FECONAU dort einen Gesprächstermin und einen Projektantrag einreichen konnte.

Beim LATIF-Kongress an der UNI Köln zum Thema Wasser konnte anhand der Staudammgroßprojekte u.a. in Peru im Rahmen einer Präsentation von Thilo Papacek am 12.6.2016 ein weiteres Beispiel aufgezeigt und diskutiert werden, wo generell als umweltfreundlich geltende, da erneuerbare Energie-Projekte Natur und indigene Territorien bedrohen oder gar zerstören und Rechte missachten.

Vom 5.-17.11. nahm Frau Falley-Rothkopf erneut an den Klimaverhandlungen in Marrakesch, der COP 22, teil, um hier zusammen mit einem Praktikanten die indigenen Organisationen COICA sowie AIDSESEP und FECONAU aus Peru logistisch und sprachmittlerisch, aber auch über die Vereinbarung von Gesprächen mit Regierungsdelegationen usw. zu unterstützen. Am 8.11.2016 konnte ein eigener Side Event in der (öffentlich zugänglichen) Green Zone der COP unter dem Titel „Indigenous Territories in the Amazon and German Forest and Climate Protection Commitment“ durchgeführt werden, in dessen Rahmen Vertreter von indigenen Organisationen wie FECONAU und Naturschutzverbänden

wie dem WWF Fortschritte, Perspektiven und Forderungen bezüglich der Unterstützung indigener Gemeinschaften und ihrer Territorien im Rahmen von Wald-Klimaschutz-Projekten mit deutscher Beteiligung aufgezeigt wurden. Auf der COP 22 haben wir auch drei indigene Teilnehmer von den Shipibo-Conibo und den Yanesah aus Peru dem Klima-Botschafter der Stadt Köln, dem Bürgermeister Andreas Wolter vorgestellt, der spontan zu einem Empfang im Kölner Rathaus einlud. Wir haben diese Einladung mit zwei INFOE-Projekten zu indigenen Völkern und SDG bzw. Waldklimaschutz kombiniert und die Unterstützung weiterer befreundeter Organisationen wie u.a. Klima-Bündnis, FPP und der Kölner Weihnachtsgesellschaft gewonnen, um vom 8.-14.12.2016 eine Rundreise von drei indigenen Delegierten aus der Selva Central (Organisation ARPI) und Ucayali (Organisation FECONAU) durch Deutschland zu organisieren, zu der der Empfang und ein Fachgespräch mit Fraktionen und Verwaltung am 8.12. bei der Stadt Köln, ein workshop am 9.12. bei den Altamerikanisten an der Uni Bonn, eine Veranstaltung auf der großen Bühne des Kölner Weihnachtsmarktes am Roncalli-Platz, der Besuch des Braunkohletagebaus bei Garzweiler am 11.12. und eine Informationsveranstaltung zu Sta. Clara de Uchunya am 12.12. beim FDCL in Berlin gehörten.

Insbesondere auf der Grundlage der Veranstaltungen mit der Stadt Köln ist eine weitergehende Unterstützung der indigenen Gemeinschaften in Peru initiiert worden, sodass verschiedene Wege der aktiven Unterstützung derzeit ausgearbeitet und vertieft werden und im März 2017 bereits ein Gegenbesuch des Kölner Bürgermeisters bei FECONAU und AIDSEP in Peru stattgefunden hat. Außerdem konnte in einem Gespräch mit dem Bischof Vizcarra aus Jaén, Peru, am 12.12. in Köln wertvolle Informationen über die Arbeit des REPAM-Netzwerkes und von Adveniat mit indigenen Völkern und die Anliegen der indigenen Organisation ARPI aus der Selva Central gewonnen werden. Der Austausch mit Adveniat, welches die Rundreise des Bischof Vizcarra organisiert hatte, zu aktuellen Geschehnissen in indigenen Territorien und Anliegen von Gemeinschaften wird fortgesetzt.

RUSSLAND

Der Tätigkeitsschwerpunkt 2016 war der „russische Amazonas“, das Tal des Flusses Bikin in der am Pazifik gelegenen Region Primorje. Dieses Gebiet ist gleichzeitig die Heimat des Amur-Tigers und des kleinen indigenen Volks der Udege, die seit 25 Jahren um die Anerkennung ihrer Landrechte kämpfen. In unmittelbarer Nachbarschaft grenzt das bereits 2001 zum UNESCO-Welterbe erhobene Sichote-Alin-Gebirge. Das Bikin-Tal selbst ist bislang nur in der *tentative List* der UNESCO eingeschrieben. 2013 verkündete Präsident Putin im Rahmen einer Konferenz zum Schutz des Tigers in Wladiwostok die Ausrufung eines Nationalparks im Bikin-Tal. Diese Ankündigung stieß bei den Udege auf große Skepsis, weil in ihrer direkten Nachbarschaft ein anderer Park auf Udege-Territorium namens „Udegejskaja Legenda“ existiert, dessen Gründung dazu geführt hat, dass die Ureinwohner kaum noch ihrer traditionellen Subsistenztätigkeit nachgehen können. In Russland gibt es eine Reihe von Fällen,

wo die Gründung von Nationalparks für die jeweiligen Ureinwohner ähnlich schwerwiegende Folgen hatte. Deshalb überwog zunächst die Ablehnung. Gleichzeitig setzte sich aber die Erkenntnis durch, dass die eigentlich von den Udege favorisierte Lösung für die sie Jahrzehnte gekämpft haben, nämlich die Ausrufung des Gebiets zum „Territorium zur Traditionellen Naturnutzung“ von föderalem Status mittlerweile aufgrund der veränderten politischen Lage in weite Ferne gerückt ist. Daher ist der Status eines Nationalparks die einzige greifbare Lösung, die den Schutz des Gebiets vor Wilderern und Holzfällern und eine zumindest teilweise Anerkennung der indigenen Landrechte verspricht.

Es folgte ein mehrjähriger Verhandlungsprozess, in dem die Administration der Region diverse Zugeständnisse machte, v.a. die Festschreibung von Beteiligungsrechten betreffend. Ende 2015 wurde der Nationalpark offiziell begründet. Allerdings war das Jahr 2016 bis zum Herbst geprägt von Verhandlungen um Regularien und Personalien. Am Ende der Verhandlungen, an denen INFOEs Partner wesentlichen Anteil hatten, stand ein Ergebnis, das Bikin im landesweiten Vergleich zu dem Positivbeispiel ernannt: Die Statuten des Parks sichern den Indigenen auf Dauer 70% seiner Fläche zu, es wurde ein indigener Konsultativrat ernannt, dessen Vorsitzender automatisch Vizedirektor des Parks ist. Die von der regionalen Administration angestrebte Festschreibung der Beteiligungsrechte in der föderalen Umweltgesetzgebung ist bislang jedoch nicht erfolgt und ein genauer Blick auf die Karte zeigt, dass die besten Gebiete, direkt am Ufer des Flusses Bikin nicht in das den Indigenen vorbehaltenen Territorium fallen. Doch insgesamt ist die Entwicklung für die Udege hoffnungsvoll. Nach langen Jahren des ökonomischen Niedergangs und der Abwanderung vor allem junger Familien und Frauen könnte die Gründung des Parks der Gemeinschaft neue Perspektiven eröffnen und die Niedergangstendenzen der letzten Jahre umkehren.

UN-LEITPRINZIPIEN FÜR WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Im Juli 2016 beteiligte sich INFOE an dem ersten regionalen Workshop über indigene Völker und Wirtschaft und Menschenrechte in der philippinischen Hauptstadt Manila. Vertreten waren indigene Völker aus ganz Asien und Ozeanien, von Burma bis Papua-Neuguinea. Geleitet wurde er vom Forest Peoples Programme (FPP) aus Großbritannien und dem Asia Indigenous Peoples Pact (AIPP), der regionalen Dachorganisation. Prominenteste Referentin war die aus dem philippinischen Volk der Igorot stammende UN-Sonderberichtsteratterin für die Rechte indigener Völker Victoria Tauli-Corpuz. Es ging einerseits darum, die wichtigsten Probleme im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte in Asien zu identifizieren, andererseits darum, zu untersuchen, welchen Bezug die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zu den Rechten und Problemen indigener Völker haben und wie sie im Kampf für diese Rechte genutzt werden können. Die häufigste Quelle für Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern ist die Agroindustrie, gefolgt von Bergbau und anderen extraktiven Industrien.



Die Teilnehmer des Workshops über Wirtschaft und Menschenrechte

Armeekräfte sind an der Tagesordnung, nicht selten mit tödlichem Ausgang. Besonders heikel ist die Lage in ohnehin von massiver Unterdrückung gekennzeichneten Regionen und Ländern, wie dem postkommunistischen Laos und Kambodscha oder dem von Indonesien annektierten Westpapua. In all diesen Ländern gehören transnationale Konzerne zu den Profiteuren der Unterdrückung und Indigene zu ihren Opfern.

Wie schon 2013 haben wir Pavel Sulyandziga, den einzigen indigenen Vertreter in der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte, die für die Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zuständig ist, bei der seiner Arbeit unterstützt. Pavel hatte im Jahr 2016 wieder den Vorsitz des UN-Gremiums inne und war damit für die Erarbeitung des jährlichen thematischen Berichts an die UN-Generalversammlung zuständig. Da er anders als andere



Pavel Sulyandziga von der UN-Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Menschenrechte

Neben den unmittelbar mit der Produktion verbundenen Folgen wie Landraub und Umweltverschmutzung sind diese Industrien auch häufig mit Verletzungen bürgerlicher und politischer Rechte verbunden: Gewalt durch

„Sicherheitskräfte“ oder durch mit den Konzernen verbundene

Inhaber von UN-Mandaten sich nicht auf einen akademischen Apparat stützen kann, ist er auf unsere Unterstützung angewiesen. Während der 2013 erstellte erste thematische Bericht der UN-Arbeitsgruppe überhaupt sich allgemein damit befasste, wie die 2011 vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedeten und seither weltweit gebilligten UN-Leitprinzipien sich zu

den Rechten indigener Völker verhalten, sollte der neue Bericht konkretere Fragestellungen berühren und anwendungsorientierter werden. Hier bot sich die Frage der Lieferkettenverantwortung im globalen Handel mit Zucker und Palmöl an, die den einem großen Teil der Produkte in den Regalen unserer Supermärkte vorhanden sind, oft ohne dass wir davon wissen. In Ländern wie Indonesien, Malaysia oder Kambodscha ist oft massiver Landraub an lokalen und indigenen Gemeinschaften die Folge, ohne dass wir über diese Zusammenhänge wissen, weil die Lieferketten oft undurchsichtig sind.

Als Folge einer massiven internationalen Kampagne haben manche der großen internationalen Lebensmittelkonzerne wie Coca-Cola, Nestlé, Unilever oder Pepsi in den vergangenen Jahren weitreichende Selbstverpflichtungen in ihre Firmenpolitiken aufgenommen, die etwa Nulltoleranz für Landraub versprechen. Doch sind die Konzerne überhaupt willens und in der Lage, die Einhaltung ihrer Grundsätze am Anfang der Lieferkette zu kontrollieren? Sprechen sie überhaupt mit indigenen und lokalen Gemeinschaften, dort wo Zucker und Palmöl für ihre Produkte angebaut werden? Kurz und gut: Haben die neuen Menschenrechtspolitiken eine Auswirkung in der Praxis? Dieser Frage gingen wir mit einem internationalen Expertenteam in einem gemeinsamen Recherche- und Konsultationsprozess mit Indigenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Industrieunternehmen und -verbänden nach. Das auf UN-Format eingedampfte Ergebnis ist in UN-Dokument *Addressing the human rights impacts of agro-industrial operations on indigenous and local communities: State duties and responsibilities of business enterprises* mit UN-Dokumentnummer A/71/291¹ zu finden, das im Herbst 2016 der 71. Sitzung der UN-Generalversammlung vorgestellt wurde.

Das Fazit fällt sehr gemischt aus. Zwar führen einzelne Konzerne Menschenrechtsprüfungen (*Human Rights Impact Assessments*) für ganze Länder durch, aber eine Kontrolle der Plantagen, von denen sie Zucker oder Palmöl beziehen, wie im fairen Handel, findet bisher jedenfalls nicht statt. Zwischen den transnationalen Konzernen und den Plantagen stehen eine ganze Reihe von Zwischenebenen, die teilweise selbst transnationale Konzerne sind, wie der führende Palmölproduzent Wilmar. Das heißt, einen direkten Draht zu Coca-Cola oder Nestlé können indigene Gemeinschaften in den Produzentenländern bisher nicht erwarten. Ob es ihn jemals geben wird, ist fraglich. Keiner der Konzerne mit denen wir sprachen kündigte solches an. Sehr gemischt fällt auch das Fazit in Bezug auf die Zertifizierungssysteme aus, den *Roundtable for Sustainable Palm Oil* (RSPO) und die Initiative *Bonsucro*. Die letztere verlieh etwa 2016 seinen jährlichen Nachhaltigkeitspreis dem thailändischen Konzern Mitr Phol der für massiven Landraub in Kambodscha verantwortlich ist. Etwas glaubwürdiger sind die Bemühungen des RSPO, aufgrund jahrelanger internationaler Kampagnenarbeit, die die Palmölindustrie mächtig unter Druck gesetzt hat. Letztendlich bleibt auch aus diesem Rechercheprozess als Hauptfazit, dass freiwillige Selbstverpflichtungen von Industrieunternehmen allein kaum Wirkung haben, sondern dass kein Weg an verbindlichen menschenrechtlichen

1 Download unter <http://undocs.org/A/71/291>

Regulierungen in den Staaten in denen die Rohstoffe produziert und in denen sie konsumiert werden vorbeiführt und dass die Zeit reif ist, für einen verbindlichen globalen Vertrag über die menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen.

GEGENSTRÖMUNG

Staudämme

Die Arbeit zu Staudämmen wurde durch den Mord an der honduranischen Aktivistin Berta Cáceres vom Volk der Lenca überschattet, die gegen den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca gekämpft hatte. Internationale Finanzierung für das Projekt kam von der niederländischen Entwicklungsbank FMO und FinnFund, als Turbinenlieferant war VoithHydro, ein Joint Venture aus Siemens und Voith, dabei. Gemeinsam mit internationalen und deutschen Partnern führte GegenStrömung intensive Öffentlichkeitsarbeit und Protestaktionen durch und stellte dabei auch die Verantwortung VoithHydros heraus, das sich an dem Projekt beteiligte, obwohl schon zuvor bekannt war, dass internationale Standards verletzt werden und Staudammgegner*innen massiver Repression ausgesetzt sind. Durch ein gemeinsam mit Oxfam erstelltes Dossier erzielten wir ein gutes Presseecho und traten in einen Dialog mit VoithHydro über Agua Zarca und die ökologischen und menschenrechtlichen Folgen von Staudambbauten. Aufgrund des großen öffentlichen Drucks erklärte VoithHydro, seine Beteiligung an Agua Zarca auf den Prüfstand zu stellen.

GegenStrömung organisierte am 27.04.2016 eine Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Bundestages, auf der Berta Cáceres Zúñiga, die Tochter der ermordeten Aktivistin Berta Cáceres Flores, über die Situation in Honduras und die Hintergründe der Repression gegenüber den Protestierenden gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca berichten konnte. Dabei hatte sie auch die Gelegenheit, die Forderungen des Zivilen Rats der Indigenen und Volksorganisationen von Honduras COPINH vorzutragen. Wenige Tage später führten wir ein Vernetzungstreffen mit verschiedenen NRO durch, auf dem das weitere Vorgehen in der Kampagne zu Berta Cáceres/Agua Zarca besprochen wurde, sowie einen öffentlichen Lunch Talk mit zwei weiteren Repräsentanten des COPINH, Francisco Sánchez und Ascención Martínez. Am 04.05.2016 fand eine weitere Veranstaltung mit diesen beiden Südgästen im Eine-Welt-Haus in München gemeinsam mit dem Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit und Pro Regenwald statt.

In 2016 organisierte oder beteiligte sich GegenStrömung an zahlreichen weiteren Veranstaltungen zur Beteiligung deutscher Firmen an Wasserkraftprojekten und ihren Folgen, z. B. im Rahmen des Berliner Flussfilmfests im Januar 2016, am 22.3.2016 im Mehringhof in Berlin und bei der Filmvorführung „Count Down am Xingu IV“. Zudem hielten unsere Referenten Vorträge bei Veranstaltungen anderer Organisationen, so am 12.06.2016 auf dem Kongress „Lateinamerika im Fokus“, organisiert von der Fachschaft des Studiengangs Regionalwissenschaften

Lateinamerika; am 15. Juni 2016 beim Verein Solidariedad in Halle; am 27.10.2016 in Recklinghausen, organisiert von der Franziskanermission Dortmund. Im November empfangen wir Tchenna Maso und Julia Fernandes von der Bewegung der Staudambetroffenen (MAB) aus Brasilien. Mit ihnen fanden eine Informationsveranstaltung in der Alten Feuerwache in Köln (17.11.2016) sowie ein Workshop im Rahmen des Runden Tisches Brasilien in Bonn statt (18.-19.11.2016).

GegenStrömung thematisierte die Verantwortung deutscher Akteure, insbesondere der Versicherungen, auch bei mehreren Aktionärsversammlungen: Siemens AG (26.01.2016), Munich Re (27.04.2016), Hannover Rück (10.05.2016). So wurden die Aktionär*innen auf die negativen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Folgen verschiedener Wasserkraftprojekte (Belo Monte in Brasilien; Hidrosogamoso in Kolumbien; Agua Zarca in Honduras u.a.), hingewiesen, an denen diese Unternehmen als Zulieferer oder (Rück-)versicherer beteiligt waren und/oder sind, und die Unternehmensführung geriet unter Druck, sich mit diesen Folgen auseinanderzusetzen.

Weiterhin wurde durch regelmäßige Einträge auf der Website sowie unsere Social-Media-Kanäle intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. So erhielten die Betroffenen und Basisbewegungen vor Ort eine Stimme, ihre Anliegen in Deutschland darzustellen, und es wurden verschiedene Aspekte des Staudammbaus in Blogbeiträgen diskutiert.

Darüber hinaus wurde die schon bestehende Ausstellung „VerDammte Entwicklung“ um weitere Ausstellungstafeln ergänzt. Auf den Ausstellungstafeln werden unterschiedliche problematische menschenrechtliche, soziale oder ökologische Aspekte der Wasserkraftnutzung und die Beziehungen zu deutschen und anderen europäischen Unternehmen dargestellt. Die Ausstellung wurde auf mehreren der o. g. Veranstaltungen gezeigt, wo sie die Gäste zu interessierten Nachfragen anregte, und steht weiterhin zum Verleih zur Verfügung.

Zudem wurde die umfangreiche Broschüre „Das Geschäft mit der Wasserkraft“ erstellt und gedruckt. Sie beleuchtet das Staudammgeschäft und von mehreren Seiten: Fallbeispiele vermitteln einen anschaulichen Eindruck von den dramatischen Folgen dieser meist als erneuerbar und nachhaltig dargestellten Energieform; die Beteiligung verschiedener Akteursgruppen von den Finanzinstitutionen und Turbinenlieferern bis zu Consultants und Zertifizierern und ihre Verantwortung werden exemplarisch aufgezeigt; und thematische Aspekte von den sozialen und ökologischen Folgen über Auswirkungen auf das Klima bis zu kleinen Wasserkraftwerken und dem Rückbau bestehender Dämme werden erörtert. Damit gibt die Broschüre einen hervorragenden Überblick über dieses vielschichtige Thema.

Exportkreditagenturen

Obwohl die Projektfinanzierung für das Thema 2016 auslief, verfolgt GegenStrömung die Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung sowie die internationalen Entwicklungen in diesem Bereich weiter. GegenStrömung beauftragte eine Anthropologin, die Auswirkungen des Yamal-LNG-Projekts in Westsibirien, für das ein Antrag für eine Hermesbürgschaft vorlag, zu untersuchen. Zudem führte GegenStrömung die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung über notwendige Verbesserungen bzgl. des Menschenrechtsschutzes in der Außenwirtschaftsförderung weiter und brachte seine Expertise sowohl in das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und den Prozess zur Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte als auch in das internationale ECA Watch Netzwerk ein.